



picture-alliance/dpa/Matke Albrecht

Integraler Bestandteil des Petersberger Afghanistan-Abkommens von 2001 war die internationale Aufbauhilfe. Schwerpunkte deutschen Engagements liegen unter anderem in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Wirtschaftsentwicklung sowie Grund- und Berufsbildung. Bis heute stellen trotz bedeutender Erfolge die große Anzahl rückkehrender Flüchtlinge, schwache inländische Partnerinstitutionen, Korruption sowie Gewalt und Rechtlosigkeit die Aufbauhelfer in Afghanistan vor große Herausforderungen. Zahlreiche internationale Geber sowie mehrere Tausend Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations, NGOs) bewegen sich in einem komplexen, nur schwer koordinierbaren Umfeld. Dieses orientiert sich außer am Aufbaubedarf ebenso an den Mechanismen der Mitteleinwerbung und -vergabe.

Ein Beispiel für stetig voranschreitenden Wiederaufbau ist das von jahrzehntelangem Krieg gezeichnete afghanische Bildungssystem – im Bild Unterricht über die Minengefahr an einer Schule in Kundus. Etwa drei Viertel der afghanischen Schulen waren 2001 entweder zerstört oder schwer beschädigt. Frauen blieb während der Taliban-Herrschaft der Zugang zu Bildung generell verschlossen, und für viele Mädchen liegt der Schulbesuch bis heute in unerreichbarer Ferne: Fehlende Lehranstalten nebst qualifiziertem Personal, Angriffe der Taliban, weite Schulwege und mitunter auch die Ablehnung durch die eigenen Väter verhindern in manchen Regionen selbst elementare Schulbildung.

■ Die Praxis des zivilen Wiederaufbaus am Beispiel Afghanistan

Einhergehend mit der militärischen Intervention begann der Wiederaufbau Afghanistans. Die internationale Gebergemeinschaft sagte hierfür seit 2001 über 15 Milliarden US-Dollar zu; auf der Geberkonferenz in Paris im Juni 2008 wurden weitere 20 Milliarden US-Dollar versprochen. Allerdings gibt es eine Kontroverse darüber, wie viel Geld bislang tatsächlich bei der afghanischen Bevölkerung ankam. Zunächst muss zwischen den Geldern, die zugesagt, die bereitgestellt und die abgerufen wurden, unterschieden werden. Zudem haben die Projekte unterschiedliche Laufzeiten, weshalb eine Kalkulation der bereits verausgabten Mittel nahezu unmöglich ist.

Bisherige Wiederaufbauprojekte offenbaren Licht und Schatten. Neben erfolgreichen und öffentlichkeitswirksamen Einzelvorhaben bestimmt der Eindruck, es werde insgesamt zu wenig getan, und dass die Erwartungen der Afghanen bislang kaum erfüllt werden konnten, die allgemeine Wahrnehmung. Viele Projekte und Programme leiden unter der bedrohlichen Sicherheitslage, fehlenden Kapazitäten, mangelnder Koordinierung wie auch dem enormen Druck der Geberländer. Bezüglich der damit verbundenen Gesamtproblematik ein umfassendes und objektives Bild zu zeichnen, das den Leistungen des Wiederaufbaus und einzelner Organisationen gerecht wird, erscheint nahezu unmöglich. Stattdessen sollen im Folgenden anhand eines fiktiven Projektumfeldes die Rahmenbedingungen und Schwierigkeiten aufgezeigt werden, welche die alltägliche Entwicklungszusammenarbeit einer Nichtregierungsorganisation bestimmen. Personen und Organisationen sind frei erfunden, die dargestellten Probleme jedoch nicht, obgleich sie für die folgenden Ausführungen stark verdichtet wurden.

Aufbauhelfer Franz Hohmann

Franz Hohmann ist voller Tatendrang. Er kam vor etwa zehn Wochen mitten im Winter in Nordafghanistan an und hat sich bereits im Gästehaus seiner Organisation eingerichtet. Strom

gibt es nur vom Generator, der mit teurem Diesel läuft; die Wasserleitungen frieren fast immer ein. Franz Hohmann ist gelernter Buchhalter. Da er noch einmal etwas Sinnvolles in seinem Leben machen wollte, bewarb er sich um eine Stelle bei einer Entwicklungsorganisation. Nun hat er einen Zweijahresvertrag in der Tasche mit der Option auf eine einjährige Verlängerung. Damit stehen die Aussichten gut, nach dem »Afghanistan-Abenteuer« direkt in den Vorruhestand und in Pension zu gehen. Hohmanns Aufgabe besteht darin, als Projektleiter den Bau von Brunnen und Schulen wie auch Weiterbildungsmaßnahmen zu organisieren. Das ihm zur Verfügung stehende Budget von 1,2 Millionen Euro hat sein Arbeitgeber bei der Europäischen Stiftung für Entwicklung (ESE) über eine Ausschreibung eingeworben. Die Summe muss in den nächsten drei Jahren ausgegeben werden. Die Zielvorgaben wurden vor zwei Jahren von Beratern der ESE festgelegt und seitdem nicht mehr angepasst, obgleich sich die Realitäten im Lande rasant verändert haben.

So weiß Hohmann, dass ein ähnlich gelagertes Vorgängerprojekt in einer Nachbarprovinz kürzlich aufgrund von Sicherheitsproblemen eingestellt werden musste. Auch in der Provinz, in der Hohmann arbeitet, wurde einige Tage vor seiner Ankunft auf die Projektfahrzeuge einer europäischen NGO geschossen. Jetzt herrscht Bewegungsverbot. Hohmann sitzt bereits seit zwei Tagen in seinem Büro fest und darf sich nur innerhalb der Stadt aufhalten. Nach wie vor ist unklar, ob die Fahrzeuge gezielt angegriffen wurden, oder ob es sich eher um einen »Dumme-Jungen-Streich« handelte. Die Geheimdienste vor Ort – sowohl der afghanische wie der Bundesnachrichtendienst und ihre internationalen Pendanten – halten sich bedeckt. Hohmann, der bislang noch nicht im Ausland gearbeitet hat, fragt sich insgeheim, wie weit man ihren Vertretern überhaupt trauen kann.

Der Landeskoordinator seiner NGO, Detlef Franke, der im Zentralbüro in Kabul sitzt, versicherte Hohmann, man könne sich auf die Frühwarnsysteme relativ gut verlassen; eine Alternative gebe es ja doch nicht. So lautet die Marschroute aus Kabul: »Ein regelmäßiger Besuch beim Provincial Reconstruction Team (PRT) und der Informationsaustausch mit Kollegen anderer Organisationen sowie die Einhaltung der strikten Sicherheitsvorschriften der Organisation sind für Sie unumgänglich.« In der



Werbung in den Straßen Kabuls, Aufnahme vom Sommer 2005.

Vorbereitung auf seinen Auslandsaufenthalt hatte Hohmann gehört, er solle seine eigene Sicherheit verbessern, indem er das Vertrauen der afghanischen Nachbarn und des Personals gewinnt. Das ist leichter gesagt als getan! Denn woher weiß man, ob die Nachbarn einem wohlgesonnen sind? Die Stimmung scheint zu kippen. Die Deutschen können sich trotz ihrer Ausnahmestellung in Afghanistan – aufgrund von Entwicklungsprojekten, die sie seit den 1960er-Jahren durchgeführt haben, und der unter Afghanen gepriesenen vermeintlichen gemeinsamen arischen Abstammung – nicht mehr sicher sein.

Die Unzufriedenheit in der gesamten afghanischen Bevölkerung – nicht nur im Süden – nimmt spürbar zu, so hört man. Allein die Gründe dafür leuchten Hohmann nicht so richtig ein. Es ist doch viel geschehen: Asphaltierte Straßen verbinden die wichtigsten Städte, Schulen wurden gebaut, Trinkwasser- und Frauenförderungsprojekte angestoßen. Trotzdem haben Selbstmordattentate, die sich ursprünglich nur gegen Militär und Polizei richteten, nun zunehmend auch die Gemeinde der Entwicklungshelfer verunsichert. So diskutieren sie viel darüber, ob sie, die doch unter erheblichen Entbehrungen und Risiken den Wiederaufbau Afghanistans nach vorne treiben, ebenfalls zu

den Zielen von Taliban und al-Qaida gehören oder nicht. Franz Hohmann beschließt, darüber nicht weiter nachzudenken, sonst könne man ja gar nicht mehr vor die Tür gehen. Um das Nötigste auf dem Basar einzukaufen, schickt er ohnehin seine afghanischen Mitarbeiter – mit der Ausrede, er habe zu viel zu tun. Und in der Tat ist die Sechs-Tage-Woche der Normalzustand. Auch arbeitet Hohmann häufig bis spät in die Nacht, da es kaum Freizeitmöglichkeiten gibt.

Schließlich muss man sich ja auch dem eigentlichen Auftrag widmen: der Forcierung des Wiederaufbaus. Wenn das gelingt, werden die Menschen dankbar sein und einen beschützen, beruhigt sich Hohmann. Jedoch, in den zwei Monaten, die er mittlerweile im Land ist, ahnt er, dass dies so einfach nicht ist, denn er hat bereits gemerkt: Alles ist politisch in Afghanistan. Vor Ort bewegt er sich inmitten lokaler Interessenskoalitionen, über deren Funktionsweise er nur Vermutungen anstellen kann. Gleichzeitig ist das ausländische Militär mit Patrouillen sowie mit Trupps der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (Civil-Military Cooperation, CIMIC) in seinem Projektgebiet unterwegs. Von denen gilt es sich abzugrenzen, sagt die Zentrale seiner Organisation: »Eine Verwechslung mit der Bundeswehr, selbst mit deren Aufbauteams der CIMIC kann für Sie tödlich sein. Das Militär wird doch zunehmend als Besatzungsmacht wahrgenommen ...«, so hat es ihm Franke in seinem letzten Telefonat eingeschärft.

Logos an den Autos wie an den Büros wurden abmontiert; darüber hinaus haben fast alle internationalen Organisationen mittlerweile gepanzerte Fahrzeuge. Sein eigener Arbeitgeber, der bislang das Tragen von Waffen auf dem Bürogelände strikt abgelehnt hat, überlegt, ob man nun doch bewaffnete Sicherheitskräfte anstellen sollte; denn einige internationale Organisationen wurden bereits überfallen und ausgeraubt. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen beruhigen nur teilweise. So erkennt das geübte Auge ein gepanzertes Fahrzeug an dessen Wuchtigkeit; auch sollen die Taliban bereits reagiert haben, indem sie die Sprengkraft ihrer Bomben verstärken.

Neben der ständigen Sicherheitsdiskussion, die in nahezu jedem Gespräch aufkommt, ist Hohmann vor allem von den »entwicklungspolitischen Wichtigtuern«, wie er sie nennt – den immer wieder einfliegenden Gebern, den politischen Aufpassern

deutscher Ministerien und den vielen Koordinatoren, die kaum noch zuzuordnen sind –, genervt. Jeder macht unentwegt Druck und erinnert daran, dass bewilligte Mittel möglichst schnell abfließen müssen. Gestern hatte sich doch tatsächlich ein Vertreter der ESE, ein »Bürschchen« von nicht einmal 30 Jahren, zu dem Satz hinreißen lassen: »Herr Hohmann, ich zähle auf Sie. Ihr Projekt muss ein Erfolg werden – um jeden Preis.«

Der »Neue Markt« des Wiederaufbaus

Beim Wiederaufbau Afghanistans sind riesige Summen im Spiel – sowohl für die Afghanen, aber auch für die beteiligten Organisationen. Einen großen Teil der finanziellen Mittel verschlingen die internationalen Gehälter und die Logistik. Daher betrachten die Afghanen die NGOs als diejenigen, die sich selbst bereichern und vorhandene Gelder nicht an die Bedürftigen weiterleiten. Die hohen Kosten, die internationale Entwicklungshelfer, Consultants, ein Projektbüro und ein Fuhrpark notwendigerweise verursachen, sind der einfachen Bevölkerung in der Tat kaum zu vermitteln. Innerhalb der Organisation, so Hohmanns Erfahrung, erlauben reichhaltige Projektmittel die Zahlung von Schmiergeldern, die es überhaupt erst ermöglichen, im lokalen Umfeld zu operieren.

Hohmann hat bei seiner Vorbereitung gehört – und dies wurde ihm in Gesprächen nach seiner Ankunft bestätigt –, dass das durchschnittliche Monatseinkommen eines Afghanen ca. 50 US-Dollar beträgt, aber Gehälter in internationalen Organisationen erheblich höher sind. So dachte er, dass Monatslöhne von 600 Dollar für Ingenieure und 500 Dollar für Übersetzer eine angemessene Bezahlung seien, und hat sich diesbezüglich auch noch einmal bei seinem Regionalkoordinator rückversichert. Nicht bedacht hatte er dabei, dass die An- und Abwerbung von Personal ebenfalls ein Politikum geworden ist. Seit zwei Monaten bemüht er sich vergeblich, ein funktionsfähiges Projektteam aufzubauen: An Bewerbern mangelt es nicht, allerdings lässt ihre Qualifikation zu wünschen übrig. Die Gehaltsvorstellungen sind dagegen überproportional hoch. Warum, fragt sich Hohmann, gibt es bei den zig verschiedenen Organisationen, die vor Ort

vertreten sind, keine gegenseitigen Absprachen über die Höhe der Bezahlung? Gerade hat ihm eine internationale Organisation seinen Übersetzer Amanullah, zu dem er Vertrauen aufgebaut hatte, abgeworben.

Zeitdruck und drohender Mittelabfluss lösen jeweils eine kurzfristige Personaljagd aus, bei der die finanzkräftigste Organisation die bessere Bilanz vorweisen kann. »Aber damit nicht genug«, erklärt Jonas Zake, ein Entwicklungshelfer, der bereits zwei Jahre in Kabul für eine NGO gearbeitet hat und nun seit vier Monaten für eine andere Organisation in Nordafghanistan tätig ist: »Der Personalbedarf und die Jagd nach einigermaßen qualifizierten Afghanen führen dazu, dass jeder afghanische Mitarbeiter ständig mit Bewerbungen und Lebenslauf-Aktualisierungen am Arbeitsplatz-PC zu tun hat. Viele ›Locals‹ sind auf dem Sprung zum nächsten Job, der bessere Rahmenbedingungen bietet. Dies bewirkt eine hohe Personalfuktuation und zusätzlichen Druck, selbst mittelmäßig qualifizierte Kräfte an sich zu binden.« Nachdem er dies gehört hat, versteht Hohmann auch, warum sich viele Kollegen scheuen, in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren, da sie davon ausgehen, sie nicht langfristig halten zu können. Auch führt die hohe Personalfuktuation dazu, dass »Privatgeschäfte« der Mitarbeiter selbst dann ignoriert oder wesentlich geduldet werden, wenn Projektressourcen mit im Spiel sind. »Stichwort Korruption«, ergänzt Zake.

In Hohmanns Projekt ist vorgesehen, dass die Baumaßnahmen zusammen mit der afghanischen NGO »Afghan Face« durchgeführt werden sollen. Hohmann hat bezüglich des afghanischen Partners ein mulmiges Gefühl. Die Organisation scheint stark in die vor Ort bestehenden Machtstrukturen verstrickt zu sein. Der Leiter von »Afghan Face« etwa ist der Bruder eines wichtigen Kommandeurs. Auch von Kollegen hat Hohmann eher abschätzige Bemerkungen über die Einrichtung gehört. Wenngleich sich »Afghan Face« in ihrem »Mission Statement« mit den üblichen Begriffen des Entwicklungsjargons wie »Zivilgesellschaft«, »Partizipation«, »Gleichberechtigung« und »Gemeinnützigkeit« schmückt, funktioniert sie doch wie ein Wirtschaftsunternehmen: Als das zuständige, zivil-militärische PRT die Initiative startet, eine Polizeistation am Rande der Stadt zu bauen, willigt »Afghan Face« sofort ein. Ein Kollege von Hoh-

mann hatte mit der NGO vor zwei Jahren bereits die Errichtung einer Schule in einem weit entfernten Distrikt vereinbart. Da das Gebiet aus Sicherheitsgründen nicht besucht werden kann, konnte bis heute nicht überprüft werden, ob die Schule entsprechend der vorgegebenen Standards tatsächlich gebaut wurde.

Jonas Zakes Erfahrungen

Jonas Zake ist einer der wenigen, der bereits seit längerem in Afghanistan arbeitet. Zake war direkt nach dem Politikstudium aufgebrochen. Teils aus Neugier, aber hauptsächlich aufgrund der Karriereaussichten hat er als Praktikant in einer deutschen NGO angefangen. Aus dem Praktikanten ist schnell ein Projektmanager geworden, mit ordentlichem Gehalt und regelmäßigen Heim- oder Urlaubsflügen. Hierüber erhoffte er sich den schnellen Aufstieg in einer internationalen Organisation, vorzugsweise den Vereinten Nationen. Nach zwei Jahren Kabul und der zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in der Stadt verflüchtigte sich selbst die Freude an der Party(sub)kultur, die sich dort unter Jung und Alt der Internationalen Gemeinschaft in den ersten sechs Jahren der Intervention herausgebildet hatte. Deshalb hat sich Zake für eine internationale NGO entschieden, die eine der Durchführungsorganisationen für das Nationale Solidaritätsprogramm (NSP) ist.

Das Programm versetzt flächendeckend alle ländlichen Gemeinden in die Lage, die dringendsten Infrastrukturprojekte vor Ort selbst zu definieren und mithilfe der durch die Regierung verwalteten, jedoch aus dem Ausland stammenden Finanzmittel zu realisieren. Bei dem NSP, dem Zake nun in seiner Funktion als Projektmanager verpflichtet ist, geht es darum, dass Gemeinden auf demokratische Weise lokale Räte wählen sollen, die Entwicklungsbedürfnisse definieren, für deren Realisierung dann die NGO zu sorgen hat. Zakes Vorgänger scheint seine Monate in Afghanistan hauptsächlich darauf verwendet zu haben, sich um einen besseren Job zu bemühen. So hat er vor Kurzem den Posten verlassen, weil er in Kenia etwas Vergleichbares gefunden hat. Manchmal beschleicht Zake, der selbst keine Kenntnisse der Landessprachen hat, das Gefühl, dass seine Mitarbeiter



Zerstörungen in Kabul, Aufnahme von 2002.

die Ziele und Prinzipien des NSP selbst nicht richtig verstanden haben; wie sollen es denn dann erst die lokalen Vertreter in den Gemeinden verstehen? Ein unangenehmer Gedanke.

Sind denn Ideen und Konzepte wie Demokratie und Geschlechtergleichheit überhaupt vermittelbar? Gerade was die Beteiligung von Frauen in den örtlichen Räten betrifft, reicht es Zake mittlerweile aus, wenn auf dem Papier weibliche Namen stehen: Wie die Entscheidungen zustande kommen und welche Rolle die Frauen dann tatsächlich auf den entsprechenden Versammlungen spielen, will er lieber gar nicht wissen, um das Projekt nicht zu delegitimieren und damit zu gefährden. Das NSP, das 2003 gestartet wurde, hinkt mittlerweile drei volle Jahre hinter dem ursprünglichen Zeitplan her. Der Druck von den Gebern auf Zake und seine Kollegen ist entsprechend hoch. Gleichzeitig sind sie mit einer immer größeren Unzufriedenheit in der Bevölkerung konfrontiert und somit dreifach gefordert – Mittel müssen abfließen, die Statistik braucht weitere NSP-Gemeinden, die Landbevölkerung verlangt nach Strom, Wasser, Schulen, Brücken usw.

Für Hohmann ist Zake der Experte, wenn es um direkte Begegnungen mit der afghanischen Landbevölkerung geht. Zake hatte das Glück, während seiner Anfangszeit in Afghanistan im

Frühjahr 2006 in verschiedene ländliche Gegenden zu kommen. Hohmann vermutet, dass Zake aufgrund dieser Erfahrung eine gewisse Aufgeschlossenheit und Empathie gegenüber der Bevölkerung mitbringt, die ihm – wenn er ehrlich ist – manchmal leichtsinnig erscheint. Die Ereignisse der letzten Jahre – etwa das Attentat auf dem Basar in Kundus im Mai 2007, das viele Menschenleben kostete – haben die Wahrnehmung der Internationalen verändert: Wem kann man noch trauen? Wie sich noch ohne Schutz guten Gewissens »unter das Volk« mischen? Zake schwärmt davon, wie gastfreundlich die Afghanen sind, und wie oft er zum Essen, Obst und Tee bleiben musste, selbst in den ärmsten Familien. Heute seien die Menschen, die man in den ländlichen Regionen trifft, weitgehend hoffnungslos und desillusioniert hinsichtlich der Perspektiven, die NGO-Vertreter versprechen, sagt Zake. Die Behauptung: »Hier waren schon so viele Leute, die immer ähnliche Fragen gestellt haben, immer haben wir alles erzählt, und nichts hat es uns gebracht«, wird dann häufig mit dem Nachsatz versehen: »Wir sind jetzt müde, haben zu tun und wollen uns nicht mehr mit euch abgeben.« Der Vorwurf, der darin mitschwingt, lässt sich für Hohmann aufgrund Zakes weiteren Schilderungen sehr gut nachvollziehen: Die Frustration gründet sich einerseits auf unprofessionelle Datenerhebungen, die doppelt und dreifach stattfinden, obwohl ihre Ergebnisse doch auch von Organisationen vor Ort sehr gut untereinander ausgetauscht werden könnten. Andererseits machen sich nicht gehaltene Versprechungen der NGOs – ob nun tatsächlich ausgesprochen, angedeutet oder nur durch Wunschenken der Bevölkerung entstanden – und enttäuschte Erwartungen bemerkbar, denen jedenfalls nicht präventiv entgegen gewirkt wurde.

»Lange«, sagt Zake in diesem Zusammenhang, »habe ich mit der Entscheidung gerungen, ob Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen Tagegeld für ihre Bereitschaft, ›sich entwickeln zu lassen‹, bekommen sollen. Mittlerweile entscheide ich das fallspezifisch. Werden die Teilnehmer für die Dauer der Maßnahme an der Ausübung ihrer regulären Tätigkeit gehindert (z.B. Bauern bei der Feldarbeit), sodass ihnen dieses Einkommen entgeht, ist es nur angemessen, den Verlust zu kompensieren. Ebenso nachvollziehbar sind Kosten für Transport und Verpflegung.« Zake

sei jedoch oftmals Zeuge gewesen, wie einzelne Organisationen deutlich überhöhte Pauschalsummen an Projektteilnehmer ausbezahlt hätten, was seiner Meinung nach zu einem weitgehend verzerrten Verständnis des internationalen Engagements vor Ort führe.

Hohmann steht momentan vor demselben Dilemma, wobei die Realität, wie er findet, immer noch um einiges komplexer ist: Nicht nur, dass er auf lokaler Ebene mobilisieren muss, um Bedarf und Interesse an Trinkwasserleitungen auszuloten. In seinen Zieldistrikten ist die Implementierung des NSP noch in vollem Gange. Praktisch heißt dies für ihn, dass er in einigen Gemeinden NSP-Räte als Ansprechpartner vorfindet, welche die dortigen Bewohner repräsentieren und sich bereit erklären, Hohmanns Projekt organisatorisch zu begleiten. Allerdings musste er jüngst feststellen, dass es auch viele Gemeinden gibt, in denen diese formal demokratisch gewählten Räte höchst umstritten sind, und man deshalb kaum von repräsentativen Organen sprechen kann. Mit wem sollte man in so einem Fall zusammenarbeiten? Schließlich gibt es noch die Gemeinden, in denen bislang keine NSP-Räte gewählt wurden, wo noch nicht einmal klar ist, was oder wer denn genau die Gemeinde ausmacht, geschweige denn wer ihre repräsentativen Vertreter sind. Sollte man in jeder Moschee nachfragen und sich informieren? Wenn dort jemand mit einem langen schwarzen Turban auftaucht, gehört er dann zu den Taliban? Wenn das Gästehaus, in dem man zum Tee und auf ein Gespräch eingeladen wird, als das eines einflussreichen örtlichen Führers vorgestellt wird, bin ich dann sicher? – fragt sich Hohmann.

Franz Hohmann als Einzelkämpfer

Hohmann fühlt sich als Einzelkämpfer. Der Verlust seines Dolmetschers Amanullah ist ein herber Rückschlag, obwohl er dessen Entscheidung, aufgrund des höheren Gehalts zu einer anderen NGO zu wechseln, nachvollziehen kann. Das rein materielle Kriterium macht es irgendwie leichter, diesen Stellenwechsel nicht persönlich zu nehmen. Wenn es nur einfacher wäre, Ersatz zu finden. Aus Kabul, wo es noch am ehesten qualifizierte Leute

gibt, möchte keiner in die Provinz. Häufig scheut sich die kleine urbane Bildungselite auch vor dem Kontakt mit den einfachen Leuten, welche die Zielgruppe von Hohmanns Projekten darstellt. Amanullah hat für ihn nicht nur rein technische Übersetzungsarbeit erledigt; vielmehr war er Hohmanns wichtigste Orientierungshilfe im interkulturellen Umfeld, indem er ihm viele Hintergründe über das Verhalten und die Einstellung der Afghanen vermittelte.

So versteht Hohmann jetzt beispielsweise besser, dass die Darstellung der Afghanen in vielen Büchern, die er gelesen hat, hochgradig idealisiert zu sein scheint, und in der Realität kaum gemeinschaftliche Solidarität oder langfristiges »Entwicklungsdenken« anzutreffen sind. Gerade was Maßnahmen im Entwicklungssektor angeht, sieht Hohmann das Grundproblem zunehmend in der Vermittlung: Afghanen scheint nicht klar zu sein, dass ihr Brunnen oder die Schule vom deutschen Steuerzahler finanziert wird. Die unkonditionierten Nothilfemaßnahmen und Aktivitäten von NGOs während des Krieges haben die Wahrnehmung befördert, dass der Westen unendliche Gelder zur Verfügung hat und diese endlos nach Afghanistan hineinpumpen kann. Solange wir nicht darangehen, diese Nehmermentalität durch anders gesteuerte Anreize zu verändern, denkt Hohmann, kommen wir mit der Stabilisierung und dem Wiederaufbau nicht weiter.

Dennoch wird Franz Hohmann morgen früh wieder aufstehen und hoffen, durch sein Projekt die Entwicklung Afghanistans ein kleines Stück voranzubringen. Schließlich sind es Leute wie er, die dazu beitragen, langfristig positive Veränderungen durch die Projekte zu bewirken, so problematisch sich ihre Implementierung auch gestalten mag.

Katja Mielke und Conrad Schetter